

Zeitschrift:	Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber:	Schweizerisches Ost-Institut
Band:	9 (1968)
Heft:	13
Artikel:	Vor 50 Jahren in Russland, vor 20 Jahren in Osteuropa liquidiert : Sozialdemokraten unter KP-Regimes
Autor:	Revesz, Laszlo
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-1076553

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vor 50 Jahren in Russland, vor 20 Jahren in Osteuropa liquidiert

Sozialdemokraten unter KP-Regimes

Von Laszlo Revesz

Vor 50 Jahren in der Sowjetunion, vor 20 Jahren in den europäischen Volksdemokratien sind die sozialdemokratischen Parteien liquidiert worden. Die gewaltsame Abrechnung mit den Sozialdemokraten gehört zu den Charakteristiken der gegenwärtigen kommunistischen Staatsparteien. Hier stellt sich die Frage nach der Konsequenz auch der revolutionären Moral. Während terroristisches Vorgehen gegen die bürgerlichen Parteien durch die «Zuspitzung des nationalen und internationalen Klassenkampfes» allenfalls ideologisch zu rechtfertigen ist, lässt sich die oft blutige Ausschaltung der «Klassenbrüder» weder ideologisch noch moralisch auf plausible Art billigen. Während der angeblichen Diktatur des Proletariats wandte sich der Staat mit gleichen Methoden gegen Klassenfeinde und Klassenfreunde, falls diese nicht bereit waren, die kommunistische Alleinführung zu akzeptieren. In der Praxis hatten die sozialdemokratischen Exponenten sogar häufig noch mehr unter der proklamierten «Arbeiterherrschaft» zu leiden als die bürgerlichen.

Uebrigens war die Partei der Bolschewiken selbst dadurch entstanden, dass Lenin im Jahre 1903 die Russische Arbeiterpartei spaltete und aus ihrem kleinen linken Flügel eine relativ selbständige Organisation bildete. Nach der Machtübernahme ging er dann gegen die Mutterpartei eher noch rücksichtsloser vor als gegen die Sozialrevolutionäre und einige kleinere Parteigruppierungen.

Für die europäische Sozialdemokratie ist das Jahr 1968 ein doppeltes Gedenktag: 1918 versetzten die russischen Bolschewiken den Menschewiken (Sozialdemokraten) den tödlichen Schlag, und 1948 hörten in den europäischen Volksdemokratien die sozialdemokratischen Parteien zu existieren auf, da ihnen die von Moskau geleiteten Kommunisten eine Vereinigung aufzwangen, welche nichts anderes bedeutete als die Einverleibung der Sozialdemokraten in die KP. Weder die russischen noch später die ost-europäischen Sozialdemokraten fügten sich kampflos ihrem tragischen Schicksal. Ihrem Widerstand setzten jedoch Sicherheitspolizei und bewaffnete Terrorgruppen ein blutiges Ende.

Die russischen Menschewiki waren noch bis Mitte 1918 in den Räten zugelassen. Dann schloss sie das Zentrale Exekutivkomitee am 14. Juli 1918 von allen Sowjets einschließlich des damaligen Parlaments (Sowjetkongress) restlos aus. Nunmehr wurden sie durch umfassende Säuberungen zur Rolle des «Transmissionsriemens» der Kommunisten zu den Volksmassen tauglich gemacht und ihrer politischen Führer beraubt. Nach dieser Vorbereitung wurden sie durch einen neuen Beschluss des Zentralen Exekutivkomitees vom 30. November 1918 vorübergehend

wieder zu den Sowjets zugelassen («Woprosy Istorii», Nr. 11/1965). Diese Partei war keine selbständige Organisation mehr und lebte aus der Gnade der Bolschewiken noch während eines Jahres. Im Sowjetkongress war sie ohnehin nicht mehr vertreten, im Unterschied übrigens zu einigen kleineren bürgerlichen Parteigruppen, die dort noch bis 1923 zugelassen waren (Adam Lopatka: «Führungsrolle der KP im sozialistischen Staat», 2. Ausgabe, Warschau 1963, S. 95, polnisch).

Die sowjetische Parteigeschichte war bis vor kurzem offiziell der Auffassung, in Sowjetrussland sei das Einparteiensystem 1918 eingeführt worden, da die Menschewiki und Sozialrevolutionäre damals praktisch zu existieren aufhörten. Erst in den letzten Jahren hat man sich aus politischen Gründen zu beweisen bemüht, dass das «Mehrparteiensystem» bis 1923 bestanden habe («Woprosy Istorii KPSS», Nr. 4/1966, S. 101–108).

Eine interessante und bündige Begründung für die gewaltsame Ausschaltung der Sozialrevolutionäre und Menschewiki ist von Lenin zu haben, interessant schon deshalb, weil sie mit Bezug auf die serienweisen Wahlniederlagen seiner Partei abgegeben wurde (die Bolschewiki verloren

sämtliche Wahlen mit drastischen Ergebnissen): «Nicht in der Stimmabgabe, sondern im Leben selbst kam der Volkswille zum Ausdruck» (zitiert von A. A. Ljutinskij, Mitteilungsblatt der Moskauer Universität, Geschichte, Nr. 5/1966, S. 3 bis 19, russisch). Ebenso aufschlussreich (und aktuell) ist Lenins Argumentation zur Auflösung des Parlaments. Ihre Vorgeschichte war die gewesen: Die Wahlen zur konstituierenden Versammlung wurden abgehalten, als die bolschewistische Herrschaft bereits bestand. Sie brachten den Bolschewiken trotz Wahlrechtsbeschränkungen für die andern Parteien nur ein Viertel der Stimmen ein. So lösten sie das Parlament auf, und Lenin erklärte: «In Wirklichkeit stellte sich die Mehrheit der Wähler im Kampf und nicht in der Stimmabgabe hinter die Bolschewiken» (Werke, Band 45, Seite 175, russisch).

«Sozialdemokraten und Faschisten sind Zwillinge»

Von dieser Zeit an bis 1935 verhielt sich die gesamte kommunistische Bewegung der Sozialdemokratie gegenüber feindlich. Die theoretische Begründung dafür hielt sich an die kommunistische Definition der Parteien: Die politische Partei sei im allgemeinen ein Stosstrupp einer bestimmten Klasse und vertrete deren Interessen. Die Partei der Arbeiterklasse aber, und hier wird eigentlich weniger gefolgt als behauptet, sei im Kapitalismus so gut wie im Sozialismus die KP und nicht die SDP. Dem entspricht übrigens, dass sich die kommunistischen Parteien statutengemäß als «Avantgarde der Arbeiterklasse» verstehen, wobei freilich die KPDSU seit 1961 eine Ausnahme macht und als «Vortrupp des Sowjetvolkes» bezeichnet wird. Jedenfalls beanspruchte die KP also das Recht auf Alleinvertretung der Arbeiterklasse und sprach den Sozialisten jeglichen proletarischen Charakter ab. Am dritten Kongress der Kommunistischen Internationale von 1921 wurden «Thesen über die Weltlage» angenommen, die unter anderem erklärten:

«Der Unterschied (zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten) besteht darin, dass die Sozialdemokraten die echte revolutionäre Entwicklung versperren, indem sie — ob in der Regierung oder in der Opposition — alles unternehmen, um dem bürgerlichen Staat zu helfen, seine Stabilität herzustellen; die Kommunisten hingegen ergreifen jede Gelegenheit, um den bürgerlichen Staat zu stürzen und zu vernichten.»

Tito hat gesprochen

(Fortsetzung von Seite 5)

sind abgesetzt worden. Hingegen begannen in Zagreb die ersten Köpfe zu rollen, jedoch in falscher Richtung. Die dortige Universitäts-Parteiorganisation beschloss noch in der gleichen Nacht nach Titos Rede, die Professoren Gajo Petrovic, Mladen Caldarevic und den Studenten Sime Vranic aus der Partei auszuschliessen, weil sie die Initianten des von der sozialistisch-demokatisch-revolutionären Jugend im Studentenzentrum in Zagreb proklamierten Aktionsprogrammes waren. (Professor Petrovic ist Chefredaktor der Zeitschrift «Praxis».) Ihnen wird vorgeworfen, mit dieser Aktion ein Programm

zur Lösung der gegenwärtigen Krise in Jugoslawien vorbereitet zu haben, das sich von demjenigen des BdKJ unterscheidet. Was übrigens nicht stimmt, weil auch sie ihre Solidarität mit den Belgrader Studenten und ihrem Aktionsprogramm bekundeten. Sie gingen mit ihrer Solidaritätserklärung der Parteiorganisation an der Zagreber Universität sogar voraus, und zwar ohne deren Wissen, weshalb sie bestraft wurden.

Ein Versprechen Titos erfüllt

Die in Titos Rede angekündigte Veröffentlichung von Richtlinien des ZK über die Aufgaben der Kommunisten bei der Entwicklung der sozialökonomischen und politischen Beziehungen ist am 14. Juni erfolgt. Hier vertreten Präsidium und Exekutivkomitee des ZK des BdKJ den

Standpunkt, dass das Unterrichtssystem von Grund auf «abgeändert werden muss, damit es den Entwicklungsbedürfnissen der Produktivkräfte und der schöpferischen Befähigung der Jugend und der Werktätigen wie auch den sich vervollkommennden sozialistischen Beziehungen entspricht». Der BdKJ spricht sich zugunsten der Verbesserung der sozialen Struktur der Studenten aus und ist der Ansicht, dass diese an der Lösung sämtlicher Probleme, die sie unmittelbar angehen, direkt teilnehmen müssen. Die wesentliche Voraussetzung, um die in der jugoslawischen Gesellschaft aufgetretenen sozialen und wirtschaftlichen sowie politischen Schwierigkeiten und Abweichungen zu beseitigen, bestehe darin, dass der BdKJ sich zusammen mit allen fortschrittlichen Kräften entschlossen auf die

Die Kommunisten (Bolschewiken) beschuldigten die Sozialdemokraten von Anfang an des Verrates am Marxismus und nannten sie «Verbündete der Bourgeoisie». Später stellte man sie (bis 1935 den Faschisten gleich): «Sozialdemokraten und Faschisten sind Zwillinge.» Ebenso war zu dieser Zeit die These verbreitet, wonach die Sozialdemokraten die eigentlichen Verbreiter bürgerlicher Ideen in der Arbeiterklasse seien (Nowoselow in «Kommunist», Nr. 17/1964, Seite 116—119).

Eine neue taktische Linie brachte dann der 8. Kominternkongress von 1935. Sie stand im Zeichen der ersten Volksfrontpolitik der kommunistischen Bewegung. Nun verkündete man die Zusammenarbeit mit allen antikapitalistischen Kräften und insbesondere die Aktionseinheit mit den Sozialdemokraten auf «allgemeindemokratischer und antifaschistischer Grundlage». Der kurzfristige Charakter dieser Politik war freilich gegeben, da die marxistisch-leninistische Theorie die «Demokratie im allgemeinen» prinzipiell ablehnt («Demokratie für wen?»). Indessen anerkannte der Kongressbeschluss die Sozialdemokratie als einen wichtigen Bestandteil der Arbeiterbewegung («Politischeskoje Samoobrasowanije», Nr. 7/1966, Seite 130—136; Jakowlew).

Nach dem Zweiten Weltkrieg galten die Sozialdemokraten noch zwei bis drei Jahre lang als Verbündete. Die Wendung kam nach der Gründung des Kommunistischen Informationsbüros im September 1947. Die militärisch disziplinierte kommunistische Bewegung machte erneut Front gegen die Sozialdemokratie.

Die Betrachtung und Behandlung der Sozialdemokratischen Parteien in den osteuropäischen Staaten hing einerseits mit der innen-, anderseits mit der aussenpolitischen Lage zusammen. In den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg erlaubte Moskau ein parlamentarisches Spiel, das Mehrparteiensystem mit Opposition. In dieser Situation brauchten die Kommunisten einen Verbündeten im Rahmen eines linken Blocks gegen die bürgerlichen Parteien. Die Sozialdemokraten blickten in den meisten osteuropäischen Staaten (Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und vor allem natürlich Ostdeutschland) auf eine alte, fortschrittliche Tradition zurück. Im parlamentarischen Kampf brauchten also die Kommunisten die Zusammenarbeit mit ihnen. Anderseits richtet sich die Politik in den nichtkommunistisch regierten Staaten auf das Zustandebringen einer Volksfrontpolitik mit

kommunistischer Beteiligung. Es wäre also auch für die internationalen Bestrebungen Moskaus schädlich gewesen, wenn man im eigenen Lager sofort mit der Sozialdemokratie aufgeräumt hätte.

Von Ende 1947 an änderte sich die Lage sowohl innerhalb des Moskauer Lagers als auch in der internationalen Politik: Der Kampf «wer wen» war — mit sowjetischer Hilfe — in den Volksdemokratien entschieden. Die Kommunisten gingen daran, die Überreste der bürgerlich-demokratischen Parteien zu liquidieren. Sie waren überall im Besitz des Innenministeriums (und des Staatssicherheitsdienstes) und hatten sowjetische Unterstützung. Jetzt brauchten sie die Sozialdemokraten als Verbündete nicht mehr und besiegten sie. Die gleichen Methoden bei der Liquidierung, die gleichen Zeitpunkte sind der beste Beweis dafür, dass alles von einem Zentrum, von der Abteilung für die sozialdemokratische KP im Moskauer Parteizentrum, organisiert wurde. Die für die meisten Länder geltenden Methoden waren: Abwerbung der sozialdemokratischen Parteimitgliedschaft auf verschiedene Art (Entlassung von der Arbeitsstelle, Drohung mit der Polizei oder mit den «Volksgerichten»), Verhaftungen und Internierungen in Konzentrationslager auf Grund der Gesellschaftsgefährlichkeit, Aufdrängung eines Abkommens über Vereinigung beider Parteien mit gleichzeitiger Aufnahmesperre in beiden Parteien, landesweite Kampagne gegen widerstreitende sozialdemokratische Führer und deren Verhaftung bzw. Folterung (allenfalls bis zum Tod) in den Gefängnissen. Sobald die KP die Abwerbung einstellte, mussten die Sozialdemokraten sich zur Vereinigung «tauglich machen», d. h. eine Vorsäuberung durchführen und ihre besten Kräfte ausschliessen. Der Ausschluss bedeute natürlich im besten Fall den Verlust des Brotes, wenn nicht der Freiheit.

Nach dem Vereinigungskongress wurde in der vereinigten Partei eine neue Säuberung durchgeführt, parallel mit einer Aufnahmesperre, wobei jedoch erneut beinahe ausschliesslich Sozialdemokraten gesäubert worden sind. Die einheitliche Partei übernahm als gemeinsame ideologische Basis den Marxismus-Leninismus sowjetischer Prägung und schaltete sich sofort in den Kampf gegen die Überreste der Sozialdemokratie innerhalb des Landes und gegen die internationale Sozialdemokratie ein. Während einige Figuren — ein Teil von ihnen war schon

lange in die SDP eingebaut — in der neuen Regierung und auch im neuen Parteiapparat leitende Posten erhielten (Cyrankiewicz in Polen, Fierlinger in der Tschechoslowakei, Marosan in Ungarn usw.), wurde der Grossteil der Sozialdemokraten aus der gemeinsamen Partei während kurzer Zeit ausgeschlossen. Nach der «Überprüfung» der Parteimitgliedschaft wurde die Aufnahmesperre wieder aufgehoben, und man begann mit der Aufnahme von neuen Leuten.

Der Zusammenschluss von Kommunisten und Sozialdemokraten wurde in Rumänien angefangen und in Polen (am 15. Dezember 1948) beendet.

CSSR-Stimmen von heute zu CSSR-Vorgehen von damals

In der Tschechoslowakei ist es nicht gelungen, innerhalb der Sozialdemokratie eine auch nur erzwungene Mehrheit für die Vereinigung mit den Kommunisten zu finden. Der Brünner Kongress der Sozialdemokratischen Partei im Herbst 1947 wählte die «Sozialdemokraten» auf kommunistischer Linie (vor allem Zdenek Fierlinger und Evzen Erban) nicht ins neue ZK der Partei. Ein offener Brief in der Prager Zeitschrift «Student» (22. Mai 1968, Nr. 21/1968) erinnerte an die Ereignisse 1947/48 folgendermassen:

Mit der Zuspitzung der internationalen Lage, vor allem durch die offensive Politik der USA (Marshall-Plan) spitzten sich auch die innenpolitischen Zustände in unserer Republik zu. Durch die unsinnige Politik der Volkssozialistischen Partei, der Sozialistischen Partei und der Demokratischen Partei in der Slowakei verschärfe sich die Krise in der Nationalen Front. Die KPTsch nützte diese Fehler aus und manövrierte diese Parteien (durch die Demission der Minister dieser Parteien) in die Opposition. Fierlinger und seine Gruppe wollten sich ihrer Gegner innerhalb der eigenen Partei entledigen; sic bezeichneten diese als rechtsgerichtete Elemente und Verbündete der Reaktion ...

In den Tagen des 23. und 24. Februar 1948 wurden die Verhandlungen des ZK und des Präsidiums der SDP unter dem Druck unbekannter Personen geführt, die widerrechtlich in das Sekretariat der Partei eindrangen und den Gegnern Fierlingers gegenüber eine drohende Haltung einnahmen. Obwohl die Mehrheit des ZK mit der Politik Fierlingers nicht einverstanden

Entwicklung der demokratischen und sozialistischen Beziehungen und auf einen entschlossenen Kampf zur Verwirklichung der Ziele der Wirtschafts- und Sozialreform ausrichte.

Die bisherige Durchführung der Reform habe manche Mängel gezeigt. So erzielten manche Personen, da sie gewisse materielle Güter besitzen, die sie verkaufen oder verleihen, ungerechtfertigte Einkünfte. Diese Handlungen bilden Gegenstand gerechtfertigter politischer Verurteilungen. Das ZK des BdKJ unterstreicht, dass die Versuche, private Unternehmen in Form von Vereinigungen zu gründen, verhindert werden müssen. Gleichzeitig wird an der unzulänglichen Art und Weise Kritik geübt, in der die Probleme im Zusammenhang mit der Einstellung der Arbeitskräfte gelöst werden.

Falsche Schlüsse

Der Bund der Kommunisten, heisst es in den Richtlinien weiter, kämpft für die Entwicklung der sozialistischen Solidarität, für möglichst humanistische Beziehungen zwischen den Menschen, gegen Privilegien, jegliche Art von Monopolen und gegen Missachtung der sozialen Pflichten. Gleichzeitig hebt der BdKJ hervor, dass das gegenwärtige politische System durch die alten Leitungsformen und -beziehungen beeinträchtigt wird, wodurch sich Tendenzen geltend machen, von der Linie des Kampfes für die Demokratie der Selbstverwaltung abzuweichen. Eine der Hauptformen, unter denen diese Tendenzen auftreten, ist das Streben nach politischem Pluralismus im Sozialismus. Die Richtlinien unterstreichen, dass sich der BdKJ mit

aller Entschiedenheit gegen die Tendenz ausspricht, ein Mehrparteiensystem zu bilden («Borba», 14. Juni 1968, Seite 4—6). Also keine privaten Unternehmen in Form von Fabriken, kein Mehrparteiensystem in Jugoslawien.

Dies sind die wichtigsten Konsequenzen, welche die oberste Parteispitze aus einer Situation zog, die zu Studentenprotesten führte. Es sind falsche Schlüsse. Kein jugoslawischer Student rief nach Einstellung der einzigen Privatfabrik in Jugoslawien oder jener kleinen Handwerks- und Gastgewerbebetriebe, die bisher so vielen Leuten das Brot sicherten. Man verlangte vielmehr die Abschaffung jener Privilegien der Partefunktionäre, die wichtige Hindernisse auf dem Weg zur Beseitigung der sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten waren. Predislav Kuburovic



Die ungarische sozialdemokratische Politikerin Kethly: Zuerst von den Nazis und dann von den Kommunisten eingekerkert.

war, gelang es, Vaclav Majer aus der Regierung zu entfernen, der von Fierlinger zum Reaktionär abgestempelt wurde. Vaclav Majer hatte auf die Selbständigkeit der Sozialdemokratie bestanden und war nachdrücklich für die Beschlüsse des Parteikongresses eingetreten.

Die Bildung einer neuen Regierung und einer neuen reorganisierten Nationalen Front war der Auftakt zu einer Aktion gegen alle diejenigen Sozialdemokraten, die der Partei und ihrem Programm treu geblieben waren und die geglaubt hatten, dass es möglich sein würde, in der Tschechoslowakei den Sozialismus auf demokratischem Wege zu verwirklichen. Am 25. Februar drangen in die Räume des Sekretariates des ZK und der Kreisparteikomitees Elemente ein, die sich selbst ernannt hatten, und teilten unter sich die Funktionen auf. Ohne irgendwelche Richlinien oder Beschlüsse der Partei schlossen sie sodann die ihnen nicht gefügigen oder unbequemen Funktionäre aus der Partei aus. Die Mehrzahl der Betroffenen erfuhr von ihrem Ausschluss erst aus Presse oder Radio.

Trotz dem Beschluss des Brünner Parteikongresses schwang sich Zdenek Fierlinger zur Position des Parteivorsitzenden auf. Entgegen seinen vorherigen Erklärungen bereitete er den sogenannten Zusammenschluss der SDP mit der KP vor und führte ihn durch, ohne Rücksicht darauf, dass lediglich ein Parteikongress zu derartigen Beschlüssen berechtigt gewesen wäre.

Die Tatsachen sind klar. Ueber die Vereinigung der beiden Parteien entschied nicht der Kongress der SDP. Der Zusammenschluss ist daher ungültig, die Partei hat legal nie aufgehört zu existieren. Die Ziele der SDP waren und sind bekannt: Sozialismus, aber auch Demokratie. Ziele also, von denen jetzt immer wieder die Rede ist.»

Die gleiche Zeitungsnummer veröffentlichte unter dem Titel «Man hat uns gegen die Wand

gestellt» die Antworten ehemaliger sozialdemokratischer Funktionäre auf die ihnen im Zusammenhang mit der vor 20 Jahren erfolgten Vereinigung mit den Kommunisten gestellten Fragen:

Rudolf Noha (1948 Sekretär der Propagandaabteilung des Zentralsekretariats): «Die Mitarbeiter des Zentralsekretariats, die sich am 23. Februar 1948 nach der Mittagspause zur „Na Prikope“ zurückbegaben, konnten das Haus nicht mehr betreten. Der Eingang war vom Staatssicherheitsdienst SNB besetzt. Ich trat gerade in dem Moment ein, als mehrere Lastautos vorfuhren, von welchen Männer mit roten Armbinden absprangen und mit Polizeihilfe in das Haus eindrangen. Auch uns gelang es, mit einer Gruppe durch einen Nebeneingang in das Haus zu kommen. Zu dieser Zeit tagte das Präsidium der Partei über den Streit zwischen Fierlinger und John auf der einen und Majer und Vilem auf der andern Seite. In der Nacht gelang es „Kampfgruppen“, in die Räume des Sekretariats einzudringen; sie stahlen, was ihnen in die Hände fiel. Ich blieb bis am Morgen im Gebäude, und als ich weggehen wollte, wurde ich von zwei Männern mit Armbinden festgehalten. Der Eingang war von einem Mitglied des SNB besetzt. Man brachte mich zu einem gewissen Havelka, der darüber entschied, wer das Haus verlassen oder betreten durfe.»

Bohuslav Cermak: «An diesem Tag läutete es etwa um 10 Uhr an der Tür. Als ich öffnete, stürzten rund 20 bewaffnete Jugendliche, angeführt von Vladimir Sticka und Vilem Chvalovsky, herein. So wurde das Kreisparteisekretariat der Sozialdemokratischen Partei in Prag besetzt. Nach dem Ruf „Hände hoch!“ mussten wir uns mit der Stirn zur Wand stellen, und man bewachte uns mit Pistolen, die — wie wir hörten — vom Parteisekretariat der KPTsch in Vrsovice stammten...»

Der damalige Innenminister, der später hingerichtete Slansky, gab am 8. Juli 1948 der ungarischen Presse folgende Erklärung:

«Die zwei Parteien der Arbeiterklasse haben sich auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus zusammengeschlossen. So haben wir erreicht, dass die vereinigte Arbeiterpartei unser Land beschleunigt auf dem Weg des Sozialismus führt... Die vereinigte Arbeiterpartei wird unter der Führung der Kommunisten den Kampf gegen die Ueberreste des Kapitals energisch forsetzen...» («Szabad Nép», Budapest, 8. Juli 1948, Seite 2). Der ungarische sozialdemokratische Führer Marosan, der mit den Kommunisten kollaborierte und trotzdem ins Gefängnis gesteckt wurde, erklärte, als in der Tschechoslowakei am Brünner SDP-Kongress die Rechte gesiegt habe, dies sei ein Zeichen dafür gewesen, in den übrigen Ländern die Vereinigung zu beschleunigen und zu forcieren («Szabad Nép», 25. Dezember 1948, Seite 5).

Die «Musterliquidation» in Ungarn

Die Liquidierung der ungarischen Sozialdemokraten war vielleicht blutiger und gewaltsamer, wahrte jedoch die äusseren Formen der Legalität. Die KPU handelte leichter, da sie die Besatzungsmacht immer hinter sich wusste, während die Tschechoslowakei nicht besetzt war.

Nach den Erfahrungen der Wahlen von 1947

(die Kommunisten manövrierten mit rund 300 000 gefälschten Wahlzetteln und verloren trotzdem) war es selbstverständlich, dass die absolute Mehrheit der SDP-Mitgliedschaft von einer Vereinigung mit den Kommunisten nichts wissen wollte. Die Kommunisten zwangen die SDP, in ihrer Wahlkampagne auf jegliche antikommunistische Äusserungen zu verzichten (Sandor Nogradi: «Eine Geschichte fing an», 2. Auflage, Budapest 1966, Seite 101, ungarisch). Die Mehrheit der Parteiführung verlangte den Austritt aus der Regierung und die Kündigung der Aktionseinheit. Die sozialdemokratischen Minister erschienen während mehrerer Tage nicht in ihren Aemtern («Ministerstreik»), weshalb die neue Regierung (nach den Wahlen) erst nach drei Wochen gebildet werden konnte. Einige Sozialdemokraten verlangten sogar die Kündigung der Vereinbarung über die gemeinsamen Gewerkschaften (Ilona Santa: «Die Vereinigung beider Arbeiterparteien im Jahre 1948», Budapest 1963, Seite 26—30, ungarisch). In mehreren Betrieben organisierten die Sozialdemokraten Streiks, und ihr Memorandum vom 15. Oktober 1947 erklärte: «Lieber Selbstauflösung als Zusammenschluss mit den Kommunisten (Santa, a. a. O. S. 36—41). Die Selbverteidigung der SDP wurde jedoch von den Kommunisten «der gemeinsame Angriff der rechten Sozialdemokraten und Faschisten» auf die Volksdemokratie genannt (Santa, a. a. O. S. 42).

In dieser Lage stellte die KP Ungarns eine besondere Kommission zur Zerschlagung der «feindlichen Kräfte in der SDP» auf und mobilisierte deren kommunistenfreundlichen linken Flügel gegen die Parteiführung (Matyas Rakosi: «Der Weg unserer Volksdemokratie», Budapest 1953, Seite 178, ungarisch). Um den Druck auf die Sozialdemokraten zu steigern, begannen die Kommunisten die Abwerbung der Sozialdemokraten (von Ende 1947 bis 21. Februar 1948). Allein in der Woche vor dem 21. Februar traten 40 000 neue Kommunisten der KPU bei, hauptsächlich in ihrer Existenz gefährdete Sozialdemokraten.

Dieser für die Sozialdemokraten katastrophalen Entwicklung wurde dadurch ein Ende gemacht, dass die kollaborierende Linke in der SDP mit kommunistischer und polizeilicher Hilfe die Führung übernahm. Das Kollaborationszentrum der SDP, das Budapester Exekutivkomitee, rief am 31. Dezember 1947 die gesamte Parteimitgliedschaft zum Kampf gegen die Parteiführung auf. Im Januar 1948 ordnete es an, Anweisungen in Zukunft nur noch von den linken sozialdemokratischen Führern anzunehmen (Santa, a. a. O. S. 64—66), und am 18. Februar wurde vom Budapester Exekutivkomitee eine statutenwidrige offene Grossversammlung für den linken Flügel einberufen, deren Abhaltung die Kommunisten verlangten. Unter den Anwesenden gab es mehr Kommunisten als Sozialdemokraten, für den Schutz sorgte die sowjetische Besatzungsmacht. Diese Grosskundgebung setzte 11 von den 25 Vorstandsmitgliedern ab und entzog 35 von 63 sozialdemokratischen Abgeordneten völlig rechtswidrig das Mandat. Eine führende Persönlichkeit der Partei (Kekmen) wurde am Vorabend der Massenkundgebung wegen Hochverrats verhaftet und schuldlos zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Der sowjetische Botschafter Puschkin verheimlichte nicht, dass die Massenkundgebung auf seine Initiative und

Anweisung abgehalten worden war. Diese formelle Massenkundgebung fällte den Vereinigungsbeschluss mit den Kommunisten (Rakosi, a. a. O. S. 179) und «beschloss» die Einberufung eines ausserordentlichen Parteikongresses zwecks offizieller Stellungnahme zur Vereinigung. Dieser Kongress (6. bis 8. März 1948) hiess die Beschlüsse der Massenkundgebung gut und beschloss die Vereinigung. Schon am 10. März 1948 hielten die «Kontaktkomitees» beider Parteien die erste Sitzung ab, um die Vereinigung vorzubereiten (Santa, a. a. O. S. 93).

Die Kommunisten und die Besatzungsmacht trauten aber auch den linken Sozialdemokraten nicht; noch vor dem Vereinigungskongress lassen sie in allen Betrieben und Behörden gemeinsame kommunistisch-sozialdemokratische Komitees wählen, und Ende Mai hatten sich auch die Stadt- und Komitats-Parteiorganisationen zusammengeschlossen. Unter solchen Bedingungen war die Erklärung der Vereinigung vom Vereinigungskongress vom 12. bis 14. Juni 1948 nur noch eine Formalität. Sie bedeutete das Ende der ungarischen Sozialdemokratie nach 58jähriger Existenz. Das «gemeinsame» Politbüro beschloss am 3. September 1948 die Aufnahmesperre bis zum 6. März 1949 und die Säuberung («Szabad Nép», 4. September 1948, Seite 1), zu welchem Zweck 2000 Säuberungskommissionen aufgestellt wurden («Szabad Nép», 25. November 1948, Seite 3).

Wie diese «Mitgliederrevision» für die Sozialdemokraten ausfiel, lassen die Worte des Kommunistenführers Rakosi vier Jahre später vermuten: «Ein bedeutender Teil ihrer Führer bestand aus Polizeispitzeln für Horthy (Regent Ungarns 1920—1944) oder englischen Spionen und trat nach der Befreiung stufenweise in den Dienst der amerikanischen Imperialisten» (Rakosi, a. a. O. S. 149). Damit man sowohl gegen den rechten als auch gegen den linken SDPU-Flügel leichter vorgehen konnte, erklärte Rakosi: Es war eine alte Tradition der Partei, dass sie zwecks Irreführung der Massen einmal den rechten, ein anderes Mal den „linken“ Flügel in den Vordergrund stellte» (ebenda S. 150). Nach den Wahlen 1947 schrieb der kommunistische Theoretiker Horvath: «Man muss erkennen, dass die einheitsbrechende, rechtsorientierte Sozialdemokratie nicht die wirtschaftliche Hilfe Amerikas, sondern den dritten Weltkrieg für Europa bringen wird» («Tarsadalmi Szemle», Jahrgang 1947, Seite 624 ff.). Ein anderer Kommunist, Anyos, schrieb Ende 1947: «Das Bündnis der rechtsorientierten sozialdemokratischen Führer und des amerikanischen Imperialismus ist eine allgemeinbekannte Tatsache» («Tarsadalmi Szemle», Jahrgang 1947, Seite 800).

Der gesamte rechte Flügel — mit Ausnahme der rechtzeitig Emigrierten — wurde eingekerkert und zum Teil im Gefängnis noch vor der Gerichtsverhandlung zu Tode gefoltert (so Justizminister Riesz oder der Major Domus des Parlaments nach September 1947, Ferenc Szeder usw.). Auch die Mehrheit der Linken folgte ein halbes Jahr später der Rechten.

Ahnliche oder noch schwerere Kämpfe führte die Polnische Sozialistische Partei (PPS), da hier auch die Kommunisten stärker waren als in Ungarn. Bei den Wahlen in den konstituierenden Sejm (19. Januar 1947) erhielten die Kommunisten (Polnische Arbeiterpartei) 114, die Sozial-

demokraten (PPS) 116 und die vier verschiedenen bürgerlichen Parteien sowie die Parteilosen 214 Mandate. Ein Abkommen vom 28. November 1946 zwischen Sozialisten und Kommunisten sah eine künftige «organische Einheit» beider Parteien vor. Trotzdem wollte aber der rechte Flügel der Sozialisten den Gedanken des «eigenen polnischen Weges zum Sozialismus» verwirklichen und die Vereinigung entweder verhindern oder mindestens hinausschieben. Doch die starke Gruppe «Freiheit, Gleichheit, Unabhängigkeit» (WRN) wurde besiegt. Im Mai 1947 wurden 200 führende Sozialisten verhaftet. Eine Säuberung wurde den Sozialisten von kommunistischer Seite aufgezwungen. Allein von Ende 1946 bis Anfang 1947 mussten von den rund 800 000 Mitgliedern 150 000 ausgeschlossen werden, wodurch die PPS in Stärke hinter die Kommunisten (die PPR) zurückfiel, welche damals 850 000 zählten. Die Ausgeschlossenen verloren selbstverständlich ihre Existenz und zum Teil auch ihre Freiheit.

Gomulka: «Demokratische Grundsätze mit den Füßen getreten»

Erst nach solchen Prämissen zeigte der Oberste Rat der Sozialisten am 30. Juni 1947 Bereitschaft zur Vereinigung. Trotzdem wurden die Vereinigungsverhandlungen infolge des hartnäckigen sozialistischen Widerstandes hinausgezögert. Erst von Februar 1948 an begann Cyrankiewicz (heute Ministerpräsident, damals wahrscheinlich eingebauter Kommunist und Erster Sekretär der Sozialisten) die Verhandlungen zu intensivieren. Infolge der mehrfachen Säuberungen ging die Mitgliederzahl der Sozialisten bis Herbst 1948 auf 570 000 zurück, während die der Kommunisten auf 900 000 stieg. Die feierliche Verschmelzung erfolgte am 15. Dezember 1948. Das ZK der Polnischen Arbeiterpartei (PPR, Kommunisten) vereinigte sich mit dem Exekutivkomitee der PPS zum neuen ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Wie Gomulka 1956 selber erklärte, wurden in dieser

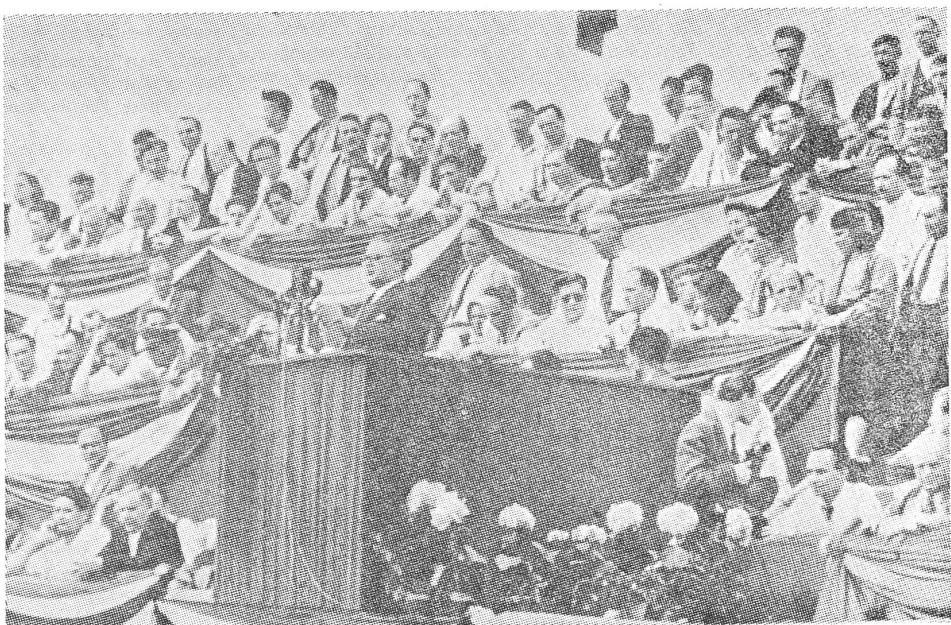
Periode die demokratischen Grundsätze und die Rechtsordnung mit Füssen getreten («Nowe drogi», Warschau, Nr. 10/1956, Seite 41).

Auch von ungarischer Seite wurden die Verbrechen der Kommunisten an den Sozialdemokraten Anfang der sechziger Jahre direkt oder indirekt anerkannt. Die Historikerin, welche die Vereinigung beider Parteien in einem Büchlein ausführlich erörterte, Santa, schrieb 1963 folgendes: «Unsere Partei hat gutgemacht und wird gutmachen, was sie nach der Vereinigung an Fehlern begangen hat ... Zu gleicher Zeit kämpft aber unsere Partei gegen die noch bestehenden Überbleibsel der Sozialdemokratie und ist entschlossen, die Einheit der Arbeiterklasse ... nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern zu festigen» (Santa, a. a. O. S. 115).

Aehnlich ging die «Vereinigung» von Sozialdemokraten und Kommunisten auch in den übrigen Ländern vor sich, überall mussten die Widerstandleistenden mit ihrem Leben oder ihrer Freiheit zahlen.

Die ungarischen Sozialdemokraten nützten die fünf freien Tage im Herbst 1956 aus, um ihre Partei wiederherzustellen, und der damals neue kommunistische Parteisekretär, Janos Kadar, erklärte in seiner Radiorede vom 30. Oktober 1956 im Namen der gesamten kommunistischen Parteiführung die Anerkennung der neuen politischen Entwicklung. Die tschechoslowakischen Sozialdemokraten möchten ihre Selbständigkeit jetzt, 1968, wieder zurückerhalten (was ihnen inzwischen von der KP abgeschlagen worden ist). Die Internationale Sozialistische Konferenz in Baarn erklärte die aufgezwungene «Vereinigung» als null und nichtig und hat die «Sozialistische Union von Mittel-Osteuropa», welche aus den exilierten sozialdemokratischen Führern Polens, Ungarns, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Bulgariens besteht, als eine Filiale der Internationalen Sozialistischen Konferenz anerkannt (The curtain falls. The Story of the Socialists in Eastern Europe, London 1951, Seite 76).

(Fortsetzung folgt)



Ungarn, Juni 1948: Vereinigungsversammlung von KP und SDP. Unten rechts Rajk, der später hingerichtete kommunistische Innenminister. Am Rednerpult Arpad Szakasits, bis 1948 Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei Ungarns. Zwei Jahre später wurde er ins Gefängnis gesteckt.